

Bezugspreis:

Wochenschrift 30.- M., monatlich 10.- M., frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Wochenschrift 10.- M., ggf. Postzuschlag...

Telegramm-Adresse:

Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90 - 151 97

Dienstag, den 15. Februar 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 117 53 - 54

Vom preussischen Wahlkampf.

Paß!

Die deutschnationale Presse ist in ihrem tiefsten sittlichen Empfinden verletzt, weil der „Vorwärts“ am Sonntag von „deutschnationalem Paß“ gesprochen hat. Obwohl eine Presse, die mit solchen Mitteln kämpft...

Das „Offene Wort“ aus dem deutschnationalen Lager, das wir in der gleichen Nummer des Blattes veröffentlichten, hat drüben nicht geringe Verwirrung angerichtet. Der naive Moz stammelt in seiner „Deutschen Zeitung“ wieder, wie beim Bulle-Brief sein „Umso — — gleich!“ Die „Deutschnationale Korrespondenz“ aber schreibt:

In seiner Sonntagsausgabe bringt der „Vorwärts“ einen angeblichen Brief eines Deutschnationalen; ferner ist dieser gegen den Vorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei, Staatsminister Herzog richtet, wird dieser, der augenblicklich auf Wahlreisen ist, selbst Stellung nehmen. Nach unserer Auffassung handelt es sich um ein Wahlmanöver des „Vorwärts“, denn „ein heroischerer Deutschnationaler“ wird niemals sein eigenes Nest derartig beschmutzen. Gegenüber den Behauptungen des „Vorwärts“ hinsichtlich des Abgeordneten Graef-Anklam sei festgestellt, daß Herr Graef am 5. Februar von Berlin abgereist ist, um seitdem täglich in seinem Wahlkreis in Pommern Vorträge zu halten. Herr Graef hat die Tätigkeit als Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Partei nicht eingestellt, sondern er steht auch jetzt noch in täglichem Briefwechsel und Telefonverkehr, um der Hauptgeschäftsstelle der Partei Anordnungen für den Wahlkampf zu geben. Alle sonstigen vom „Vorwärts“ an die Person des Abgeordneten Graef geknüpften Behauptungen sind unwohr.

Darüber, ob der Inhalt des „Offenen Wortes“ den Tatsachen entspricht oder nicht, möge sich die „Deutschnationale Korrespondenz“ mit dem Verfasser auseinandersetzen, der ihr näher steht als uns. Auch über die Frage, ob er „heroischer“ ist, wollen wir die letzte Entscheidung der deutschnationalen Parteileitung überlassen, die ihn sehr genau kennt.

Die „Kreuzzeitung“ phantasiert gar von einem „erfundenen“ Brief. Sie hat aber nicht den Mut, diesen „erfundenen“ Brief abdruckend, weil sie weiß, daß ihre Leser dann auf den ersten Blick seine Echtheit erkennen würden.

Den empfindsamen Seelen, die über das Wort „Paß“ in fiebernde Entrüstung geraten, sei in Erinnerung gebracht, wie ihre eigenen Leute den Kampf führen. Persönliche Verleumdung und Ehrabschneiderei ist ihr Hauptkampfmittel. Unendlich ist die Reihe der deutschnationalen Ehrabschneider, die vor Gericht angeprangert wurden. Wir zeigen in folgendem einige besonders krasse Fälle:

Ehrabschneider Nr. 1: Graf Herberich-Rottin (Landrat unter dem alten System). Verleumdete den Landrat Postel, sich alkoholisch betrunken und in diesem Zustand mit einem Viehhändler gepörselt zu haben. Konnte vor Gericht keinerlei Beweis erbringen. Wurde zu 1500 M. Geldstrafe verurteilt.

Ehrabschneider Nr. 2: Ritterausbehalter von Stänhner-Carls. Verleumdete die sozialdemokratischen Minister, daß sie den Staat betrügen, indem sie sich ihr Gehalt statt in Papier in Gold ausbahlen ließen. Gab vor Gericht die Unwahrheit seiner Behauptungen zu. Wurde zu 1500 M. Geldstrafe verurteilt.

Ehrabschneider Nr. 3: Bauhnant z. See a. D. Sawerenz. Beschuldigte Frau Ebert und Frau Kasse, das Silberzeug der kaiserlichen Jagd „Hohenzollern“ gestohlen zu haben. Konnte vor Gericht keinerlei Beweis erbringen. Staatsanwalt beantragte drei Monate Gefängnis, Gericht erkannte auf 500 M. Geldstrafe.

Ehrabschneider Nr. 4, 5, 6: Redakteure Dräbe, Dange, Reichert. Behaupteten in Appelerden Blättern, Rittmeister Scheidemann habe sich ein Paar Luxus Pferde für 50 000 M. gekauft. Konnten keinerlei Beweis erbringen. Wurden zu je 150 M. Geldstrafe verurteilt.

Ehrabschneider Nr. 7: Schriftsteller Friedrich Fretta. Beschuldigte den Reichspräsidenten Ebert der Trunksucht und des Verkehrs in anständigen Salons. Konnte vor Gericht keinen Beweis erbringen. Retierte sich nur durch winselnde Abbitte seiner Schand im Versteck vor Verurteilung.

Ehrabschneider Nr. 8, 9: Redakteur Arthur Rischner, Eisenbahnreferent Hugo Rasmann. Verleumdeten die Minister Haack und Sperling, wogegenwärtige Lebensmittelverschwendung und Schwelgerei für Freizeite beschlagener Lebensmittel angeprangert zu haben. Der verurteilte Wahrheitsbeweis brach vor Gericht völlig zusammen. Die Angeklagten retteten sich

nur durch Abbitte und Zahlung einer Buße von 500 M. an die Armenkassa vor Verurteilung.

Das sind nur ein paar gerade herausgegriffene Fälle, die sich noch leicht durch zahlreiche weitere verzeichnen lassen, deren genaueres Material uns im Augenblick nicht vorliegt. So fehlen z. B. in der obigen Aufzählung der Rasse des Ehrabschneiders, der den Genossen Scheidemann des Mordbühnenstücks beschuldigt hat, der Bielefelder Ehrabschneider, der Scheidemann gleich 25 Millionen nach der Schweiz verschicken ließ, der Plauer Ehrabschneider, der Frau Ebert einen Betrag für 50 000 M. andichtete, und mancher andere dieser Sorte. Alles Leute, die für Wiederherstellung deutscher Treue und Redlichkeit kämpfen und die vor lauter Anstandsgefühl in Ohnmacht fallen, wenn ein anderer von „Paß“ redet.

Sozialdemokratische Vorschlagsliste für den Wahlkreis Potsdam I

- einshl. Kreis Niederbarnim, sowie Dichtenberg und die früher zu Niederbarnim gehörigen, jetzt eingemeindeten Vororte. 1. Wilhelm Biering, Beirat im Ministerium für Handel und Gewerbe, Berlin. 2. Richard Wendt, Leiter des Deutschen Handarbeiterverbandes, Berlin. 3. Friedrich Deinschamps, Gewerkschaftsbeamter, Brandenburg a. d. H. 4. Konrad Haenisch, Staatsminister, Berlin. 5. Willy Jähule, Parteisekretär, Spandau. 6. Anna Simon, Sekretärin, Brandenburg a. d. H. 7. Adolf Wajschel, Metzalarbeiter, Berlin-Dichtenberg. 8. Ullrich Salzer, Arbeitersekretär, Ludenowalde. 9. Reiner Kempfers, Mechaniker, Spandau. 10. August Marasch, Realschullehrer, Jüterbog. 11. Dr. Felix Joth, Referent im Reichsarbeitsministerium, Berlin-Schöneberg. 12. Rudolf Wendt, Kreisleiter, Neuruppin.

Wer diese Liste wählen will, gibt folgenden Stimmzettel ab:

Stimmzettel für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Enthält die Namen der Kandidaten und die Wahlkreiszugehörigkeit.

Noch einmal: reaktionäre Wahlmache. Rebe als eine volle Spalte braucht die „Tägliche Rundschau“ zu einem verunglückten Versuch, die in unserer Nr. 65 festgestellte Wahlmache reaktionärer Denunzianten aus den Reichsministerien zu entkräften. Wider besseres Wissen behauptet sie, daß in dem Artikel, der sich mit der Verleumdung angeblich verdorbener Fleischbesäuer, Genosse Robert Schmidt gar nicht genannt sei. Die Hauptschuld an dem Geschäft treffe den Staatssekretär Hirsch und den von uns genannten Direktor Briffow. Letzterer interessiert uns weniger, da es nicht unsere Aufgabe sein kann, die von Angebern beschmutzte Wäsche eines Ministerialangestellten zu säubern. Was aber den Staatssekretär Hirsch angeht, so ist uns positiv bekannt, daß er unter Minister Schmidt nie in Ernährungsangelegenheiten tätig war. Köme jemand als Objekt einer Beschuldigung überhaupt in Frage, so wären es höchstens der stramm konservative, trotzdem aber unseres Wissens einwandfreie frühere Staatssekretär im Ernährungswesen und jetzige Entwaffnungskommissar Dr. Peters oder sein Nachfolger, der Zentrumsmann Dr. Huber. Alles das mußte die „Tägliche Rundschau“ bei sorgfamer Behandlung des „Falles“ wissen. Man fragt sich, ob es Impotenz oder böser Wille ist, der sie diese Komödie aufführen läßt.

Vor etwa 400 Beamten und Angestellten sprach im Bürgeraal des Friedenaues Rathauses in einer von den Genossen der Dd. und Bl. Abteilung veranstalteten Wählerversammlung Genosse Franz Krüger in fast zweistündiger Rede über „Die Bedeutung der Wahlen für die Sozialdemokratische Partei“. Nicht Kommunisten und Unabhängige betrachtete die Reaktion als gefährliche Gegner, sondern allein die Sozialdemokratische Partei, weil sie mit ihrer Entschlossenheit ihnen die politische Macht Stück für Stück entzieht. Darum kann es für Beamte und Angestellte nichts anderes helfen, als den 20. Februar zu einem Siegestag für die Sozialdemokratische Partei machen zu helfen. (Starker Beifall.) — Den einzigen Diskussionsredner, einen alten Herrn, der eine Lanze für die Monarchie und — Wilhelm II. brach, fertigte der Referent unter stürmischem Beifall der Versammlung ab.

Polizeilicher Schutz der Wahlen. Der Minister des Innern, Severina, hat an die Regierungspräsidenten und den Berliner Polizeipräsidenten folgenden Erlaß gerichtet: „Am Hinblick auf die am 20. Februar d. J. stattfindenden Wahlen zum preussischen Landtage pp. erlaube ich, die Polizeibehörden darauf hinzuweisen, daß sie rechtzeitig die erforderlichen Vorkehrungen zu treffen haben, um die unge störte Durchführung des Wahlgeschäfts und auch im Falle darauf folgenden Bewegungen die Ruhe, Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten.“

Vernachlässigung der Volksschule?

Von Konrad Haenisch.

Die unabhängige „Freiheit“ beschäftigte sich dieser Tage in einem längeren Leitartikel mit der Schulpolitik des sozialistischen Unterrichtsministers. Der schwerste Vorwurf, den das Blatt gegen diese Politik erhebt, ist wohl der, sie vernachlässige die Interessen der Volksschule gegenüber den Interessen der Universitäten. Die Schule des Volkes müsse „einem sozialistischen Schulminister mehr am Herzen liegen als die Sorge um die Akademie“.

Wenn damit etwa gesagt sein soll, daß sich ein sozialistischer Unterrichtsminister um die Interessen des Hochschulwesens überhaupt nicht zu kümmern habe, so müßte ich eine solche Auffassung auf das entschiedenste zurückweisen. Es war immer der Stolz gerade der Sozialdemokratie, daß sie neben den Klasseninteressen der Arbeiterschaft im engeren Sinne auch die großen kulturellen Interessen des gesamten Volkes mit Umsicht und aus warmer Ueberzeugung zu verfechten gewußt hat. Ueberdies kommen natürlich die Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung und Lehre keineswegs nur der Akademikerkaste selbst zugute, sondern befruchten durch tausend Kanäle das gesamte Volksleben. Man denke nur an die Bedeutung, die z. B. die Forschungen auf dem Gebiete der Seuchenbekämpfung und im Zusammenhang damit an die Bedeutung, die die Ausbildung eines Nachwuchses tüchtiger Metzger, Schlechter für das ganze Volk besitzen. Das gleiche gilt von dem Ausbau des volkswirtschaftlichen Unterrichts. Dieser soll in seinen neuen Formen dazu dienen, unser gesamtes höheres Beamtenum in weit umfassender Weise als bisher einzustellen auf die großen volkswirtschaftlichen Aufgaben der Gegenwart und der Zukunft, damit es — um ein Wort von Friedrich Engels zu zitieren — künftighin nicht so sehr Menschen regiere als wirtschaftliche Güter verwalte. Wie sehr solche neue Einstellung der Verwaltung das ganze Volk berührt, liegt auf der Hand. Diese Beispiele liegen sich leicht verzeihnachen.

Über der Vorwurf der „Freiheit“ wäre auch dann unbedeutend, wenn er dem sozialistischen Kultusminister seine Fürsorge für die wirtschaftliche Lage der Studentenschaft und der an unseren Universitäten Lehrenden zum Vorwurf machen wollte. Was insbesondere die Studenten angeht, so sind sie in ihrer großen Masse heute zu einer durchaus proletarischen, teilweise sogar zu einer unterproletarischen Lebensführung gezwungen und alles andere eher als Exponenten des Kapitalismus. Den jungen Akademikern klarzumachen, daß die Interessen von Kopf- und Handarbeitern letzten Endes zusammenfallen und daß sie deshalb Schulter an Schulter mit der Arbeiterschaft kämpfen müssen, das ist nach meinem Empfinden keineswegs die unwichtigste Aufgabe eines sozialistischen Unterrichtsministers, und auch die „Freiheit“, der doch gewiß Passable schönes und großes Wort von dem Zweibund der Wissenschaft und der Arbeiter bekannt ist, sollte daran keinen Anstoß nehmen.

Berechtigt wäre die „Freiheit“ zu ihrer Klage nur dann, wenn es wirklich zuträfe, daß der sozialistische Unterrichtsminister gegenüber seiner Arbeit für die Hochschule die Interessen der Volksschule vernachlässigt hätte. Daß das nicht richtig ist, hätten eigentlich auch der „Freiheit“ schon die beiden Aufsätze beweisen müssen, die ich im Januar im „Vorwärts“ über Schulpolitik im Volksstaate veröffentlicht habe. Aber wenn die „Freiheit“ mir selbst nicht glaubt, so glaubt sie vielleicht der Stimme von Männern, die ihrer Vorbildung und Stellung nach besonders berufen sind, gerade diese Dinge zu beurteilen. Ich meine die Lehrerschaft und ihre berufenen Organe selbst.

Man wird sich erinnern, daß im alten Preußen zwischen den großen Verbänden der Volksschullehrerschaft und den jeweiligen Unterrichtsministern fast dauernd ein Zustand der Spannung, ja der Begrenztheit bestand, weil die Lehrerschaft — damals mit Recht — glaubte, daß die Volksschule im Staate die Rolle eines Achenbröckels spielte. Wie ist demgegenüber die Auffassung der Lehrerschaft, ihrer berufenen Führer und ihrer Vorgesetzten über die Volksschularbeit des sozialistischen Unterrichtsministers? Aus den vielen Hunderten von Kundgebungen, die sich darüber in den Archiven des Unterrichtsministeriums befinden und mit deren Uebersetzung ich mindestens ein Dutzend Nummern des „Vorwärts“ von der ersten bis zur letzten Spalte füllen könnte, greife ich hier nur einige wenige heraus, um dem werktätigen Volke zu zeigen, wie gänzlich unberechtigt der Vorwurf der „Freiheit“ ist, die Volksschulinteressen würden gegenüber den Interessen der Hochschulen vernachlässigt.

Die „Neue Westdeutsche Lehrerzeitung“ vom 20. November 1920 kommt am Schluß einer Artikelserie, in der manche Verwaltungsmaßnahmen des Ministers rückhaltlos kritisiert wurden, schließlich doch zu folgendem Ergebnis: „Wir wissen wohl, daß die preussische Lehrerschaft dem heutigen Kultusminister weit mehr zu verdanken hat, als all seinen Vorgängern zusammengezählt.“

Der „Zeltungsdienst des Preussischen Lehrervereins“ führte am 27. Oktober 1920 in einem längeren Artikel folgendes aus:



Groß-Berlin

Zur Kommunalisierung des Anschlagwesens.

Der Plan, das Anschlagwesen Berlins in die Hände der Gemeinde überzuführen, wird von den bürgerlichen Parteien und den ihnen angeschlossenen Interessenten auf das heftigste bekämpft.

Hätten die freisinnigen Stadtväter bereits vor vielen Jahren das Anschlagwesen verstaatlicht, so bräuheten wir uns heute nicht erneut mit diesem Problem zu beschäftigen.

Die Wahlen im 14. Verwaltungsbezirk.

Die Bezirksvertretung des 14. Verwaltungsbezirks wählte gestern zum ersten Bürgermeister den bisherigen Neuköllner Bürgermeister Gen. Scholl.

Her mit den See- und Flußufer!

Welchen wunderbaren Naturfreund hätte es nicht schon verdrossen, daß in der Umgebung Berlins die Ufer wald- und umkränzt von Seen und Flüssen nur zu oft durch private Grundbesitzer dem öffentlichen Verkehr entzogen sind.

Die Gemeinde Gladow a. d. H. hat noch Ende 1920 einen Bauplan aufstellen lassen, der die in Gladow vorgesehene Uferpromenade nicht bis Sacrow durchführt.

Schweres Blut.

Roman von Juhani Aho.

Maria hatte sich an das Fenster gesetzt und blickte hinaus, mit der Schulter nach der Stube, ohne den Kopf zu wenden, als Juhani kam.

Schaussee abzuwecken. Wir erfahren, daß an den Regierungspräsidenten zu Potsdam eine auf diesen Mangel des Bauplanes hinweisende Eingabe gerichtet worden ist.

Gladow gehört jetzt zur neuen Stadtgemeinde Berlin. Da werden die Gladower sich wohl noch eine Korrektur ihres Bauplanes abzuwecken.

Oeffentl. Wählerversammlungen

- Morgen, Mittwoch, den 16. Februar, abends 7 Uhr: Kreis 11 (Schöneberg-Friedenau): Siedlung „Lindenhof“.

Oeffentliche Frauenversammlungen:

- Neukölln: Gambirinalstraße, Kaiser-Friedrich-Straße am Herzbergplatz.

Beamte und Angestellte der Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten!

- Lichterfelde: abends 7 1/2 Uhr im Rathhaus, Schilderstraße 82.

Bauplanes gefallen lassen müssen. Wir hören übrigens, daß auch bei ihnen der Gedanke einer Ablenkung der Uferpromenade nicht viele Freunde hat.

Wahlhilfe

am 20. Februar zu leisten ist die Ehrenpflicht eines jeden Parteimitgliedes. Um eine rechtzeitige Einleitung der zur Verfügung stehenden Kräfte zu ermöglichen, bitten wir alle Genossinnen und Genossen.

Helst alle zum Siege der S.P.D.! Der Vorstand des Bezirksverbandes Berlin der S.P.D.

Neue umfangreiche Waffenfunde in Berlin.

2000 Infanteriegewehre beschlagnahmt. Während man in der Reichspresse das Bürgertum mit Aufmarschplänen und geheimen Waffentagern einer phantastischen „Roten Armee“ granisch zu machen versucht.

Wie erinnerlich, beschlagnahmte die Berliner Polizei vor mehreren Tagen in Westend eine Anzahl Waffen und stellte fest, daß diese Waffen (insgesamt 39 Maschinengewehre, 33 Karabiner, 46 Seitengewehre, zahlreiche M.-G.-Munition und M.-G.-Gerät der verschiedensten Art) von Mitgliedern einer Orchest-Organisation, einem Professor Dr. Hehl und Genossen nach Westend verbracht

worden sind. Polizeiliche Feststellungen haben jetzt ergeben, daß Dr. Hehl und Genossen die Waffen aus einem leerstehenden Gebäude der früheren Oberfeuerwerkerschule in Berlin, Lehrter Straße, abgeholt haben.

Dr. Hehl ist früher Angehöriger eines Zeitfreiwilligenverbandes gewesen. Als bemerkenswert ist ferner hervorzuheben, daß Dr. Hehl bis zum Rapp-Putsch bei der Oberstaatsanwaltschaft des Kammergerichts als Verichts-

Fremdenlegionsbetrug.

Ein neuer schamloser Trick wurde in mehreren Fällen festgestellt. Die Inhaber erbieten einen Vertrag zur Unter-

Der Mietvucher mit möblierten Zimmern.

Zu dieser in Nr. 68 des „Vorwärts“ veröffentlichten Notiz wird uns vom Leiter der Zentrale für Mieteinigungsämter ergänzend mitgeteilt, daß auch der Unternehmer eines möblierten Zimmers sich selbst helfen kann, indem er, solange ihm nicht der Untervermieter die gemeindebehördliche Genehmigung des Mietzinses und der Nebenfor-

Der Mann mit den 40 000 Zentnern Koks.

Einen großen Schwindel eigener Art hatte der 34 Jahre alte Kaufmann Gerhard Dinkels ins Werk gesetzt, der gestern von der Kriminalpolizei festgenommen wurde. Dinkels ist an Geld-

„Wie ich da die Küche heimholen wollte,“ hub Kaisa an, „ja, wie sie da die Küche loorrissen nach dem Hofe zu... und ich ahnte ja nicht, daß sie hinter der Frau herwollten...“

„Sie möchte gern ruhen — war so müde, daß sie sich kaum aufhalten konnte.“ „Hat sie gegessen?“ „Ein klein wenig.“ „Kaisa, sag nur ja nicht, daß wir — uug uug geglaubt habe, sie wäre gern weggegangen.“

(Fortf. folgt.)









